

Ist der Senat Bovenschulte „smart“ oder nicht?

Anfrage der Abgeordneten Simon Zeimke, Theresa Gröninger, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Position Bremens im „Smart City Index 2024“ des Bitkom e.V. auf Platz 71 von 82 untersuchten deutschen Großstädten insgesamt sowie in den einzelnen, betrachteten fünf Themenbereichen (Verwaltung, Energie und Umwelt, IT und Kommunikation, Mobilität, Gesellschaft und Bildung)?
2. Welche konkreten Projekte und Maßnahmen im Bereich „Smart City“ hat der Senat in den letzten fünf Jahren mit welchem Ergebnis angestoßen, eingeführt bzw. umgesetzt?
3. Welche „Smart City“-Projekte plant der Senat in Zukunft, wer hat dafür die Federführung und wie sollen diese finanziert werden?

Zu Frage 1: Aus der Studie ist zu ersehen, dass Bremen in einzelnen Bereichen weit über dem 71. Gesamtplatz liegt. Im Themenkomplex Verwaltung liegt Bremen auf Platz 50. Im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung konnte ebenfalls eine Steigerung erreicht werden. Anzuführen sind hier die behördenübergreifende eAkte, moderne und informative Websites, gute Social Media-Auftritte sowie die untersuchten OZG-Leistungen, die zu 61% umgesetzt sind und somit 4 Prozentpunkte über dem Durchschnitt liegen. Es sind in Bremen von zentraler Seite viele Voraussetzungen für die Digitalisierung geschaffen worden, denen nun dringend eine dezentrale Umsetzung folgen muss. Das Online-Terminmanagement steht in Bremen zur Verfügung. Da es aber nicht von allen Behörden genutzt wird, führt dies in der Bitkom-Studie zu einer Abwertung. Der Senat will deshalb seine bisherigen Maßnahmen zur Digitalisierung noch einmal beschleunigen. Die Themen „Smart City“ und Digitalisierung werden auf der Staatsrätekonferenz am 4.11.2024 besprochen.

Zu Frage 2: In den letzten fünf Jahren sind viele Projekte und Maßnahmen im Bereich „Smart City“ angestoßen und eingeführt worden. Für den Bereich der Verwaltung ist die Online-Terminvergabe hervorzuheben, die zentral bereitgestellt wurde und von vielen Behörden genutzt wird. Die Umsetzung der bremischen Onlinezugangsgesetz-Strategie wurde in allen bremischen Ressorts vorangetrieben. Es wurden bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in Bremen den Bürger*innen und Unternehmen 198 Leistungen zur Verfügung gestellt. Im Bereich Energie und Umwelt ist die Einführung einer adaptiven Straßenbeleuchtung und grüne Wärme anzuführen. Für den Bereich IT und Kommunikation ist der zu fast 95 % flächendeckend verfügbare Breitbandanschluss mit mindestens 1.000 Mbit/s und die 100 prozentige 5G-Abdeckung anzuführen. Im Bereich Mobilität sind das Handyparken, die Einführung einer intelligenten Ampelsteuerung sowie die Einführung von Mobilstationen als erfolgreiche

Beispiele genannt. Im Bereich Bildung und Gesellschaft ist zu erwähnen, dass alle Schulen über ein verbindliches Medienentwicklungskonzept verfügen und dass alle Schüler:innen und Lehrkräfte mit iPads ausgestattet sind. Letzteres wurde in der Bitkom-Studie aber leider offenbar nicht bewertet.

Zu Frage 3: In den nächsten Jahren sind in den Ressorts weitere „Smart City“-Projekte in Planung. Die Finanzierung erfolgt aus den eigenen Haushalten. Geprüft wird in Zusammenarbeit vom Senator für Finanzen und der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) für die Verwaltungsdigitalisierung im Bereich Wirtschaft. Es ist die Entwicklung eines multilingualen Portals für Verwaltungsleistungen in Planung. Im Bildungsbereich ist im Rahmen eines länderübergreifenden Vorhabens des DigitalPakts Schule eine KI-Assistenz für Lehrkräfte und Schüler:innen in Planung. Die Einführung und Anwendung von Robotic Process Automation soll im Migrationsamt und im Bürgeramt erfolgen. Im Gesundheitsbereich wird ein Dashboard für Klima- und Gesundheitsinformationen veröffentlicht sowie die Entwicklung einer neuen Meldesoftware im Infektionsschutz mit dem Robert-Koch-Institut (RKI) entwickelt.